Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Europas Standards (II)
2. Türkische Luftwaffe bombt in Nachbarländern
3. Selbstgerechtes Einheitsdenken
4. Wie sich westliche Firmen vom russischen Markt “zurückziehen”
5. Warum die USA mit ihren Sanktionen unseren Wohlstand beschädigen
6. Wie das US-Militär die Welt zum Schlachtfeld erklärt
7. EU-Außenposten: »Geberkonferenz« für Moldau.
8. Zweifrontenkrieg: Baerbocks China-Strategie.
9. Anhörung im Bundestag: Was ging schief in Afghanistan?
10. FDP-blockiert Reichensteuer: Deutschland, du Wirtschaftsweisenwunderland!
11. Der Bürger, das Kleinkind: wie die deutsche Regierung das Volk mit teuren Kampagnen zu erziehen versucht
12. Lauterbachs Ministerium macht widersprüchliche Angaben zur Corona-Impfkampagne
13. Teil-Impfpflicht soll auslaufen
14. Wie Holzheizungen unsere Gesundheit schädigen
15. Lützerath und die Ukraine
16. The Great American Divorce: Driften die USA auseinander?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Europas Standards (II)**
   Kritik an der Doppelmoral der Bundesregierung gegenüber Qatar begleitet den Beginn der Fußballweltmeisterschaft in dem Emirat. Alle Berliner Regierungskoalitionen der vergangenen zwei Jahrzehnte haben zu ihrem eigenen Nutzen eng mit Doha

kooperiert. So gelang es deutschen Stellen im Jahr 2000 nur mit Qatars Hilfe, die Fußball-WM 2006 in die Bundesrepublik zu holen. Deutsche Unternehmen profitierten von zahlreichen Aufträgen, die Doha zur Vorbereitung der Großveranstaltung vergab; deutsche Konzerne ließen sich von Investoren aus Qatar aus krasser Finanznot retten. Die westliche Außenpolitik machte sich eine Zeitlang die qatarische Unterstützung für die Muslimbruderschaft und für Jihadisten zunutze, um missliebige Herrscher in Nahost zu stürzen. Deutsche Fußballvereine und -verbände kooperieren, während Fans und Aktivisten schon seit Jahren wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen in Qatar protestieren, eng mit dem Herrscherclan in Doha. Jetzt aber distanziert sich die Bundesregierung von ihrem langjährigen Kooperationspartner, während dieser einmal nicht Berlin zuarbeitet, sondern die WM durchführt. Qatars Außenminister protestiert: „Wir bedauern die Doppelmoral."
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **WM des Westens**
Zu Beginn der Weltmeisterschaft in Katar ist die Stimmung dahin. Selbst DFB und Bundesregierung üben sich in Kritik, verschweigen aber deutsche Interessen am Turnier im Emirat. […]
Dabei hätte es doch so schön sein können für Politik und Wirtschaft, als deren Abbild die FIFA oder der DFB erscheinen: Zu lukrativen Bau- und Planungsaufträgen, zur Erschließung von Märkten, zur Vertiefung von Partnerschaften hätte noch ein Hauch von »1.001 Nacht« kommen können. Statt dessen ist die Stimmung dahin. Gewohnt, in wichtigen Fragen gegen Bevölkerungsmehrheiten zu regieren, erreicht die Classe politique nicht einmal mehr »Fußballdeutschland«. Bei einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des WDR befürworteten im Mai 2021 65 Prozent der Befragten, dass die deutsche Elf nicht nach Katar reist. Besser ist es kaum geworden, in vielen Kneipen bleibt der Beamer aus. Je lauter die Proteste werden, desto mehr sehen sich Politik und Fußball veranlasst zu reagieren. Ob man es dem DFB abnimmt? Oder einer Bundesregierung, die gestern noch Rüstungsexporte an den Golf bewilligte und heute Menschenrechtsverletzungen anmahnt? Den Westen als Good Guy zu präsentieren, erscheint vertrackt. Mitunter führt das zu Doppelmoral. Oder zu Bauchschmerzen. Muss, wer den Finger gegen Katar hebt, nicht die Hand gegen den Westen richten? Profitieren nicht auch europäische Konzerne von den Arbeitsbedingungen am Golf? Und hatte Katar nicht bei mehreren Gelegenheiten die Kriegspolitik der NATO unterstützt? Beherbergt das Land nicht einen zentralen US-Luftwaffenstützpunkt? Im geschundenen Irak weiß man davon. Freilich bedingt militärische Verlässlichkeit nicht gleich einen Vorteil bei der WM-Vergabe, zumal sich die USA selbst um das Turnier beworben hatten. Doch die Visitenkarte schmückt es allemal, und es mochte andere

westliche Akteure darin bestärkt haben, auf ein befreundetes Katar zu setzen. Denn bei allem, was das Emirat selbst in Bewegung setzte: Ohne die Rückendeckung insbesondere der beiden wirtschafts- und fußballpolitischen Schwergewichte Deutschland und Frankreich wäre die WM am Golf kaum denkbar.
Quelle: junge Welt

2. **Türkische Luftwaffe bombt in Nachbarländern**
   Erwartungsgemäß und trotz aller Ungereimtheiten dient der Anschlag von Istanbul als Vorwand für türkische Angriffe in Nordsyrien und dem Nordirak. Beschuldigt werden PKK und YPG. Bekannt hat sich zu dem Anschlag bisher keine Organisation.
   Wie von Vielen befürchtet, nimmt die türkische Regierung das Attentat in Istanbul am 13. November zum Anlass, um erneut völkerrechtswidrige Militärinterventionen in Nordsyrien und dem Nordirak durchzuführen. Beweise für eine Beteiligung der kurdischen Militäreinheit YPG in Nordsyrien oder der PKK im Nordirak am Attentat in Istanbul gibt es bislang nicht. Dafür aber jede Menge Merkwürdigkeiten und Ungereimtheiten.
   Quelle: Telepolis

   dazu: **Erdogan im Wahlkampfmodus: Bomben auf Kobani**
   Tote nach schweren türkischen Luftangriffen auf Nordsyrien und Nordirak. USA gaben offenbar grünes Licht […]
   Bemerkenswert sei, dass sowohl die USA als auch Russland den jeweils von ihnen kontrollierten Luftraum für die türkische Luftwaffe freigegeben hätten, betonte Servan Roni, ein Internationalist der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), am Sonntag gegenüber jW. Er erklärt sich dies mit der geopolitischen Bedeutung der von beiden Seiten umworbenen Türkei. Bezeichnend sei das Schweigen der Bundesregierung zur Bombardierung von Kobani als weltweit bekanntem Symbol für den Sieg über den »Islamischen Staat«, so der aus Deutschland stammende YPG-Kämpfer.
   Quelle: junge Welt

3. **Selbstgerechtes Einheitsdenken**
   Der journalistische Umgang mit diesem Krieg, das selbstgerechte Einheitsdenken der Leitartikler und ihrer uniformen Experten beleidigen und provozieren mich.
   Auf der ersten Seite der „Süddeutschen Zeitung“ vom 16. November: „Russische Raketen treffen Polen“. Die klare Botschaft: Angriff auf ein Nato-Land. Bündnisfall? Die Welt am Abgrund? Die Welt am Abgrund.
   Schon bald wird klar, dass es wohl nicht die Russen waren, die diese Rakete abgefeuert haben – aber das kommt medial auch am Tag danach eher verklausuliert,

sehr verklemmt rüber.
Die SZ vom 17. November, schafft sie es, diese gefährliche Fehlinformation als solche zu benennen? Schafft sie das Selbstverständliche? Nein, aber sie schafft es, auf den drei üppigen Seiten, mit denen sie sich mit dieser Rakete beschäftigt, bei all den vielen Schlagzeilen, nie das Wort „Ukraine“ in einer Überschrift zu benutzen. Beispielhaft dafür Titel und Vorspann ihrer Seite-3-Reportage zu dem Thema: „Blick in den Abgrund: Als in Polen eine Rakete russischer Bauart einschlägt, hält die Welt für einen Augenblick die Luft an. Ein Angriff? Ein Fehlschuss? Dann kommt von der Nato Entwarnung. Die Geschichte einer gefährlichen Eskalationsspirale.“
Auch beim Deutschlandfunk am Tag nach diesem Einschlag, in den „Informationen am Mittag“, heißt es in der Anmoderationen zum Bericht über dieses hypergefährliche Ereignis nicht, dass diese Rakete russischer Bauart aller Wahrscheinlichkeit nach von ukrainischen Kräften abgefeuert worden ist. Der erste Wortbeitrag stammt dann auch von dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, und der sagt dann, was er seit Stunden auf allen Kanälen weltweit sagt: „Die russische Aggression hat zu zwei toten Polen geführt.“
Kaum ein Wort des Bedauerns von seiner Seite, stattdessen Reinwaschung. Die Forderung nach noch mehr Waffen. Kalte Kriegs-Agitation. Der Wunsch nach Eskalation.
Quelle: Arno Luik auf Overton Magazin

4. **Wie sich westliche Firmen vom russischen Markt “zurückziehen”**
Zahlreiche westliche Ketten haben angesichts der militärischen Spezialoperation im März ihren Rückzug aus Russland angekündigt. Dieser Rückzug vollzieht sich mit großer Inkonsequenz. Zahlreiche Händler sind nach wie vor oder wieder auf dem russischen Markt aktiv. Ein Überblick.
Zu Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine haben zahlreiche westliche Unternehmen angekündigt, den russischen Markt zu verlassen. Der Schritt sollte die staatlich verhängten Sanktionen flankieren. Die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens nimmt jedoch ganz unterschiedliche Formen an. Zahlreiche Firmen sind trotz der Ankündigung weiterhin auf dem russischen Markt vertreten. Manche sind wieder zurückgekehrt.
Den russischen Markt tatsächlich verlassen hat die schwedische Möbelhauskette IKEA. Sie hat sowohl ihre Filialen als auch die Produktion in Russland eingestellt. Die Lücke wird von der russischen Möbelkette Hoff gefüllt. Hoff wurde 2009 von zwei russischen Geschäftsleuten gegründet. Das Angebot ist ähnlich wie das von IKEA, der Aufbau der Stores ebenfalls. Hoff hat die gleiche Zielgruppe wie IKEA. Vermutlich kann das Management von Hoff bis heute sein Glück kaum fassen, dass sich der zweifellos stärkste Konkurrent auf dem russischen Markt freiwillig zurückgezogen hat.

Quelle: RT DE

5. **Warum die USA mit ihren Sanktionen unseren Wohlstand beschädigen**
   Das neue Geschäftsmodell der US-Amerikaner besteht darin, missliebige Staaten am Geschäftemachen zu hindern. Damit beschädigen die USA auch das deutsche Exportmodell.
   „The business of America is business." In dieser Schlichtheit beschrieb einst der amerikanische Präsident Calvin Coolidge (1923 bis 1929) das Geschäftsmodell seines Landes. Tempi passati! Die Methoden der amerikanischen Geschäftstätigkeit wurden seither diversifiziert – man kann auch sagen: politisiert.
   Wirtschaftssanktionen entwickelten sich zu einem beliebten Instrument, um anderen Staaten das Kriegführen (Russland, Syrien) zu verleiden, den Bau einer Atombombe (Iran, Nordkorea) zu verhindern oder den ökonomischen Steigflug (China) zu stören.
   Das neue Geschäftsmodell der Amerikaner besteht also darin, missliebige Staaten am Geschäftemachen zu hindern. „Sanktionen", sagt John Smith, „sind die Alternative zwischen Worten und Krieg".
   Quelle: Gabor Steingart auf Focus Online
6. **Wie das US-Militär die Welt zum Schlachtfeld erklärt**
   Die USA führen geheime Kriege in sehr vielen Ländern, zeigt ein neuer Bericht. Kongress und Öffentlichkeit sind meist unwissend über Militäroperationen. Es drohen sogar verdeckte Einsätze gegen Nuklearstaaten.
   Die US-Streitkräfte sind in viel mehr Ländern an nicht autorisierten Feindseligkeiten beteiligt, als das Pentagon dem US-Kongress, geschweige denn der Öffentlichkeit, mitteilt. Das geht aus einem umfangreichen neuen Bericht hervor, der vor Kurzem vom Brennan Center for Justice der New York University School of Law veröffentlicht wurde.
   Quelle: Telepolis
7. **EU-Außenposten: »Geberkonferenz« für Moldau.**
   Wie bewegend hatte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock noch auf der am Wochenende zu Ende gegangenen Weltklimakonferenz wieder einmal beklagt, dass sich in Sachen Bekämpfung der Erderwärmung nichts Substantielles tue – bis auf einen Fonds, aus dem Brosamen für die am stärksten betroffenen Länder ausgeschüttet werden sollen –, während – und weil – im übrigen alles weitergeht wie gehabt. Das demonstrierte auch Baerbock alsbald, indem sie für einen Kurztrip in die französische Hauptstadt am Montag weiter an ihrem CO2-Fußabdruck arbeitete. Dort wollte sie an einer »Geberkonferenz« für das von Armutsprotesten geschüttelte Moldau teilnehmen. Wobei »Geberkonferenz« etwas hochgegriffen ist. Geber gibt es auf dieser Konferenz genau zwei: Gastgeber Frankreich, vertreten durch Außenministerin Catherine Colonna, und die BRD in Gestalt von Baerbock. Im übrigen

vertreten: Moldau selbst, um Dankeschön zu sagen und ein Bekenntnis zu »Europa« abzulegen, und Rumänien, das zwar kein Geld übrig hat, für das am Ende aber sicher auch noch etwas abgefallen sein wird. Schließlich ist das Land die logistische Basis dafür, dass alle in Brüssel gehegten geopolitischen Ambitionen hinsichtlich der Zukunft von Moldau überhaupt mehr sind als Sandkastenspiele. So macht die Veranstaltung in Paris eher den Eindruck einer Initiative zur Schönfärbung der zuletzt kriselnden deutsch-französischen Beziehungen: Seht, wir können doch noch etwas zusammen anleiern.
Quelle: junge Welt

8. **Zweifrontenkrieg: Baerbocks China-Strategie.**
Die deutsche Wirtschaft blicke positiv auf die neue China-Strategie der Bundesregierung, berichtete das Handelsblatt am Freitag auf Seite eins und erstarrt im Kommentar vor der nächsten »Zeitenwende«. Man fühlt sich stark. […]
Aus Sicht der Kapitalverbände und des politischen Personals also der richtige Zeitpunkt, um Beijing die Zähne zu zeigen und in den Zweifrontenkrieg der USA plus westeuropäischem Anhang gegen Russland und China einzusteigen. Waffen in die Ukraine schicken, in Taiwan zündeln, lautet die Maxime. Darauf laufen die im Auswärtigen Amt bisher entworfenen »vertraulichen« 65 Seiten, aus denen seit Donnerstag verschiedene Berlin-Mitte-Journalisten zitieren, hinaus. Da steht endlich Klartext: »Die systemische Rivalität mit China ist zu einem prägenden Element der internationalen Beziehungen geworden.« Irgendwo wird noch die Phrase »Partner, Konkurrent, systemischer Rivale« aufgeboten, aber dem neuen deutschen Größenwahn reicht letzteres. Die grüne Außenministerin ist beim Formulieren der für den Wirtschaftskrieg benötigten Volksverhetzung schon routiniert. Wer Russen indirekt für lebensunwert erklärt oder das größte Land der Erde »ruinieren« will, lässt sich von Chinesen nicht beirren. Im Papier ihres Ministeriums heißt die »gelbe Gefahr« nun »wachsende Asymmetrie« in den Beziehungen. Acht Chefs deutscher Konzerne, von BASF über Siemens bis Bosch und Hamburger Hafen, warnten in einem Brandbrief am 10. November in der FAZ, »Ein Rückzug aus China schneidet uns ab«, kriegsbegeisterte grün-esoterische Überzeugungstäter wissen aber mehr. Russland ist schon fast am Boden, phantasierte Annalena Baerbock am 2. November in den Westfälischen Nachrichten. Wer wie sie Kriege gewinnt, lässt dem ersten den zweiten folgen, bevor der Sieg offiziell gefeiert werden konnte. Alles übrige erledigt die nächste Großkrise des Kapitalismus.
Quelle: Arnold Schölzel in junge Welt

9. **Anhörung im Bundestag: Was ging schief in Afghanistan?**
Falsche Vorstellungen vom Land, unrealistische Ziele, chaotische Vorbereitung: Zeitzeugen bescheinigen dem Afghanistan-Einsatz schwerwiegende Fehler schon am

Anfang.
Deutschland war weder militärisch noch politisch auf das Engagement in Afghanistan vorbereitet. Bar jeder Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse sei die Bundeswehr 2002 vor allem als Resultat eines „politischen Schönheitswettbewerbs“ nach Kabul gekommen. So schilderten es Diplomaten, Generäle und Politikwissenschaftler während der ersten Anhörung der Enquete-Kommission des Bundestages zum Engagement am Hindukusch. Michael Steiner, damals außenpolitischer Berater im Kanzleramt, schilderte die damalige Lage: Wenn man jetzt nicht jeden Beistand anbietet, ist man gegen Amerika und wird „nie wieder auf amerikanischen Beistand rechnen dürfen“. Die amerikanische Regierung sei damals „extrem selbstfokussiert“ gewesen, geradezu „gespenstisch“.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Im Grunde genommen ist hier die Aussage, dass in Afghanistan nicht nur 20 Jahre lang alles von Anfang an schief lief, sondern dass von Anfang an 20 Jahre lang zumindest die maßgeblichen Militärs und politischen Berater auch sahen, dass der Einsatz – der Kriegseinsatz! – ein Desaster war. Warum haben die aufeinanderfolgenden deutschen Regierungen und Bundestage dann jahrelang und wider besseren Wissens Durchhalteparolen und die verlogene Behauptung verbreitet, der Einsatz wäre sinnvoll und würde zu Demokratie und einer funktionierenden Zivilgesellschaft usw. führen? Und warum bleibt man nicht bei einer tiefen Selbstkritik stehen und belässt endlich die Bundeswehr als Verteidigungsarmee im Land, sondern will “Lehren für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik” und weiterhin in “internationale Einsätze” ziehen?*

10. **FDP-blockiert Reichensteuer: Deutschland, du Wirtschaftsweisenwunderland!**
Wenn Alexandria Ocasio-Cortez bei einer Gala ein weißes Kleid mit der Aufschrift „tax the rich“ trägt, erhält sie dafür weltweit Aufmerksamkeit. Dennoch ist niemand wirklich überrascht, wenn Linke Reiche besteuern wollen, um der wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken. Es ist nur ein medialer Coup. Wenn nun aber auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesregierung, sprich: die „Wirtschaftsweisen“, plötzlich Spitzenverdiener stärker besteuern will, ist das eine Überraschung mit realpolitischer Wirkung.
Quelle: der Freitag
11. **Der Bürger, das Kleinkind: wie die deutsche Regierung das Volk mit teuren Kampagnen zu erziehen versucht**
Wer dachte, das politische «Nudging» der Deutschen sei mit dem Ende der Ära Merkel vorbei, hat sich getäuscht. Die Materialschlacht geht weiter. […]

Eine Hoffnung für die Zeit nach den grossen Koalitionen und nach dem Ende der Ära Merkel hatte darin bestanden, dass das regierungsamtliche «Nudging», die sanfte Bevormundung der Bevölkerung, aufhören könnte. Der damalige SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte im Wahlkampf eine Kultur des «Respekts» gefordert. Das klang ganz so, als wäre er bereit, die Bürger im Falle eines Wahlsiegs wie Erwachsene zu behandeln.
Doch unter dem Kanzler Scholz und seiner Ampelkoalition mit den Grünen und der FDP hat sich das Propaganda-Element in der Kommunikation der Regierung nicht verflüchtigt, sondern eher verstärkt. Die Kampagne «Demokratie leben» etwa, die vor allem Projekte zur Förderung einer politisch korrekten Weltsicht mit Steuergeldern ausstattet, soll im kommenden Jahr fast 200 Millionen Euro erhalten. […]
«Was wir in den vergangenen Jahren zunehmend beobachten, sind manipulative Versuche der Präferenzbeeinflussung durch die Politik», sagt der Ökonom Schnellenbach: «Statt gefährliche Verhaltensweisen gesetzlich zu regulieren – was natürlich politisch kontrovers sein könnte –, versucht die Exekutive, bestimmte Verhaltensweisen zu ächten und andere Verhaltensweisen als vorbildlich darzustellen. Das führt im Ergebnis zu einer Moralisierung der Politik, die immer stärker wird.» Die Verantwortung für Missstände und Krisen werde dem (Fehl-)Verhalten der Bürger zugerechnet, während die Politik es versäume, bessere Rahmenbedingungen für alle zu schaffen.
Quelle: NZZ

12. **Lauterbachs Ministerium macht widersprüchliche Angaben zur Corona-Impfkampagne**
Die Impfkampagne „Ich schütze mich“ wirft Fragen auf. Das Gesundheitsministerium heuerte für rund 800.000 Euro einen neuen Vertragspartner an. Doch auf welcher rechtlichen Grundlage?
Die Hintergründe um die neue Impfkampagne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) „Ich schütze mich“ werden immer undurchsichtiger. Klar ist, dass die Unwahrheit gesagt wurde – nur in welchem Ausmaß steht noch nicht fest. Es deutet alles darauf hin, dass Lauterbach entgegen den Vorgabekriterien den Auftrag für die rund 800.000 Euro schwere Werbeaktion nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern direkt an die Werbeagentur BrinkertLück vergeben hat. Und zwar ohne das Wissen des eigentlichen Vertragspartners, der Werbeagentur Scholz & Friends.
Quelle: Welt Online
13. **Teil-Impfpflicht soll auslaufen**
Falls nichts geschieht, läuft die umstrittene Impfpflicht für Menschen in medizinischen Berufen Ende des Jahres aus. Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios ist nun klar: Sie soll nicht verlängert werden. […]

Wie das ARD-Hauptstadtstudio aus Kreisen des Bundesgesundheitsministeriums erfuhr, soll die einrichtungsbezogene Impfpflicht Ende des Jahres auslaufen. Das Ziel sei gewesen, dass sich Beschäftigte in bestimmten Einrichtungen impfen lassen, um die Gefährdung vulnerabler Gruppen zu verringern. Von dieser Wirkung sei aber bei der Zunahme der Corona-Variante BQ.1.1 nicht mehr auszugehen.
Die Grundlage für die Teil-Impfpflicht sei bei einer "mehr oder weniger komplett immunevasiven Variante" nicht mehr gegeben. Das Auslaufen wird also medizinisch begründet, weil die neue Variante ersten Erkenntnissen zufolge stärker der Immunabwehr entgeht. Das heißt, mehr Menschen, die geimpft oder genesen sind, erkranken an Corona. Auch schützt die Impfung dann noch weniger davor, das Virus zu übertragen.
Neben medizinischen könnten aber auch politische Gründe eine Rolle spielen. Aus der FDP kommen bereits seit längerer Zeit Forderungen, die Regelung auslaufen zu lassen.
Quelle: tagesschau

Anmerkung André Tautenhahn: *Letzteres ist der Hauptgrund. Es gibt keine Mehrheit mehr. So einfach ist das. Alles andere ist ja längst bekannt und die Erklärung des Ministeriums daher konstruiert. Unverständlich, dass da dann immer noch geschrieben wird, dass eine Impfung dann noch weniger vor einer Übertragung schützt. Das tat sie nie (wirklich effektiv). Man hat die Menschen einfach falsch informiert.*

14. **Wie Holzheizungen unsere Gesundheit schädigen**
Elf Millionen Kamin- und Kachelöfen gibt es in Deutschland. Jetzt in der Energiekrise sind sie besonders gefragt. Die Gefahren werden dabei übersehen: giftige Gase, angereichert mit gesundheitsgefährdendem Feinstaub und krebserregenden Stoffen.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur
15. **Lützerath und die Ukraine**
Auch wenn der mögliche Einsatz von Atomwaffen uns um unsere Zukunft bangen lassen mag, ist es fahrlässig, die verhängnisvollsten Konsequenzen der militärischen Operationen in der Ukraine auszublenden: Sie heizen die klimatische Apokalypse wie ein Brandbeschleuniger an, gleich dreifach, denn
    - die eingesetzten Waffensysteme und die Vernichtung von infrastruktureller Substanz in der Ukraine haben gravierende Umweltzerstörungen zur Folge, sie führen zu schwersten Klimabelastungen;

    - der angeblich zwangsläufige, in Wirklichkeit aber sinnlose Wirtschaftskrieg, den

»der Westen« begonnen hat, mündet in einer Verlängerung der Nutzung fossiler Energieträger, die von allen – IPCC, Club of Rome und Tausenden WissenschaftlerInnen – abgelehnt wird, weil sie die als unerlässlich angesehenen notwendigen sofortigen Schritte zu deren Reduzierung mit irreparablen Folgen für die Erderwärmung ausbremst;

- die unbezweifelbare und unwiderlegbare Notwendigkeit, dass alle globalen AkteurInnen gemeinsam gegen die drohende Klimakatastrophe systematisch vorgehen, um der Menschheit ein Überleben zu sichern, wird dem angeblichen Zwang, Russland ruinieren zu müssen und deshalb nur noch die Waffen und keine Diplomatie mehr sprechen zu lassen, auf fahrlässige und selbstzerstörerische Weise geopfert.

Diese klimaschädigenden Begleiterscheinungen des Krieges spielen in den politischen Debatten eine untergeordnete Rolle. Die Folgen dieser Blickverengung spüren nicht nur die überwiegend jungen Klima-KämpferInnen, sondern wir alle, denn sie gibt indirekt den politischen Hasardeuren, den weltweit agierenden fossilen Konzernen und, last not least, den aus ihnen horrende Profite ziehenden FinanzinvestorInnen grünes Licht für die definitive Zerstörung der globalen Bedingungen für menschliches Leben.
Quelle: Ossietzky

16. **The Great American Divorce: Driften die USA auseinander?**
Während die US-Regierung vor allem Geld und Mühe in ihre Außenpolitik investiert, nehmen die innenpolitischen Konflikte zu. Wieso der Zusammenhalt der Bundesstaaten zunehmend in Gefahr gerät.
Die US-Zwischenwahlen sind fast vorbei – nur in Georgia gibt es Anfang Dezember aufgrund des knappen Wahlergebnisses noch eine Stichwahl, nämlich Demokrat Warnock gegen Republikaner Herschel – und bis zu einem gewissen Grad fühlt es sich an, als hätten beide Parteien verloren.
So kommentierte der Republikaner Marco Rubio, der zumindest offiziell Anhänger demokratischer Gesellschaftsformen ist, während eines Fox-News-Interviews “es sei ein Wunder, dass die Republikanische Partei überhaupt noch Wahlen gewänne, wo doch die Kultur und Medien des gesamten Landes gegen sie seien”.
Quelle: Telepolis